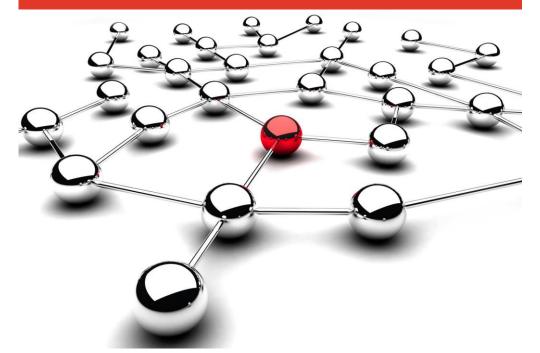


Dossier Wirtschaftspolitik 2011/9 | 22. August 2011

Diagnose Österreich 2011

Einschätzung und Empfehlungen zur Wirtschaftspolitik



Medieninhaber/Herausgeber:

Wirtschaftskammer Österreich Stabsabteilung Wirtschaftspolitik Leitung: Dr. Christoph Schneider Wiedner Hauptstraße 63 1045 Wien wko.at/wp wp@wko.at

Autor:

MMag. Verena Gartner +43 (0)5 90 900-4910 verena.gartner@wko.at



Inhaltsverzeichnis

1	Executive Summary	3
2	Internationaler Währungsfonds (IWF) Fokus: Strukturreformen	5
3	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD Fokus: Systemreformen) 6
4	Europäische Kommission (EK) Fokus: Zukunftsinvestitionen und Erwerbstätigkeit	7
5	Staatsschuldenausschuss Fokus: Konsolidierung und Reform	9
6	Wirtschaftskammer Österreich Fokus: Erneuern, um zu wachsen	10



1 Executive Summary

Die wirtschaftliche Lage Österreichs wird für das Jahr 2011 von internationalen Organisationen als vielversprechend eingeschätzt. Dem gegenüber stehen jedoch große Herausforderungen und Unsicherheiten durch die Staatsschuldenkrise in Europa sowie die Banken- und Finanzmarktinstabilität. Analysen zur Wirtschaftspolitik Österreichs aus Sicht des IWF, der OECD, der Europäischen Kommission und des österreichischen Staatsschuldenausschusses erläutern die Stärken und Schwächen des Landes und empfehlen nachhaltige Initiativen, Veränderungen und Reformen.

Konjunkturelle Situation Österreichs wird durchwegs sehr gut bewertet

In der zweiten Jahreshälfte 2008 sowie 2009 machten sich klare Abwärtstendenzen in der heimischen Wirtschaft bemerkbar. So fiel das reale BIP im Jahre 2009 um 3,9% im Vergleich zu 2008. Exporte, Importe sowie reale Bruttoinvestitionen gingen sogar im zweistelligen Bereich zurück. Konjunkturpakete und wirtschaftspolitische Instrumente führten zur Stabilisierung der österreichischen Volkswirtschaft. Die Vielzahl an kleinen und mittleren Unternehmen nahm ihre Verantwortung für das Land wahr und griff hauptsächlich auf eigene Mittel zurück, um Stabilität und Wachstum zu schaffen.

Im vergangenen Jahr machte sich eine Wende bemerkbar, für 2011 und für 2012 sind wieder positive Wachstumsraten prognostiziert. Positiv zu erwähnen ist ebenso der sinkende Trend der österreichischen Arbeitslosenquote. Besonders erfreulich ist die rasche Erholung des Außenhandels, die Exporte sind 2010 um 16,7% gestiegen. Somit wird das Rekordausfuhrvolumen von 2008 (EUR 117 Mrd.) schon heuer wieder übertroffen werden.

Nichtsdestotrotz werden derzeit das wirtschaftliche Potenzial und die finanzielle Lage der Eurozone vom öffentlichen Schuldenstand einiger Mitgliedstaaten bedroht. Das Budgetdefizit ist in Griechenland, Irland, Spanien, Portugal und auch Italien besonders hoch, weswegen die EU den Euro-Rettungsschirm initiiert und ausgeweitet hat. Unsicherheiten - besonders beim internationalen Handel - kommen auf, wodurch noch strengere Konsolidierungsmaßnahmen durchzuführen sind.

Besonders die Probleme in der Eurozone stellen eine große Herausforderung dar

Konjunkturindikatoren - Österreich

Whalish a Vanin damma				Prognose		
Jährliche Veränderung	2007	2008	2009	2010	2011	2012
BIP (real)	3,7	2,2	-3,9	2,1	3,0	1,8
Privater Konsum	0,7	0,5	1,3	+1,1	+0,9	+1,1
Investitionen	3,9	4,1	-8,8	-1,0	+3,8	+2,2
Export	9,0	0,3	-18,7	+12,8	+10,0	+7,6
Leistungsbilanz (%BIP)	3,5	4,9	3,1	2,7	3,2	3,5
Inflation	2,2	3,2	0,5	1,9	3,2	2,6
Beschäftigung	2,1	1,7	-1,5	0,8	1,6	0,9
Arbeitslosenquote	4,4	3,8	4,8	4,4	4,2	4,2
Lohnstückkosten	0,9	2,7	4,8	0,3	1,2	2,1
Produktivität	2,0	0,0	-3,1	1,1	1,5	1,1
Öff. Defizit (%BIP)	0,9	0,9	4,1	4,6	3,1	2,9

Quelle: WIFO Konjunkturprognose, Juli 2011

Generell bewerten die internationalen Organisationen die Wirtschaftslage Österreichs als positiv und sehen der zukünftigen konjunkturellen Entwicklung eher optimistisch entgegen. Die Sozialpartner gelten in den Ausführungen als Reformtreiber des Landes. Die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) stimmt mit einem Großteil der Empfehlungen der internationalen Organisationen überein.



Das Zukunftsprogramm und die Agenda 2011 der WKÖ stehen ganz im Zeichen eines erneuerten Wachstumskurses. Umfassende Systemreformen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pensionen und in der öffentlichen Verwaltung werden gefordert.

Die Empfehlungen für Österreichs zukünftige Wirtschaftspolitik sind in vier Bereiche zusammengefasst:

- Strukturreformen
- Systemreformen
- Zukunftsinvestitionen und Erwerbstätigkeit
- Konsolidierung und Reform

Prognosen 2011 für die EU27 und internationale Vergleiche

2011	BIP real	Arbeitslosen- quote	Leistungs- bilanzsalden	Inflation	Budgetsalden	Staatsschulden- quote
BE	2,4	7,9	2,0	3,6	-3,7	97,0
CY	1,5	6,3	-8,1	3,4	-5,1	62,3
DE	2,6	6,4	4,8	2,6	-2,0	82,4
EE	4,9	13,0	1,8	4,7	-0,6	6,1
IE	0,6	14,6	1,2	1,0	-10,5	112,0
GR	-3,5	15,2	-8,3	2,4	-9,5	157,7
ES	0,8	20,6	-4,1	3,0	-6,3	68,1
FR	1,8	9,5	-3,9	2,2	-5,8	84,7
IT	1,0	8,4	-3,6	2,6	-4,0	120,3
LU	3,4	4,4	7,8	3,5	-1,0	17,2
MT	2,0	6,8	-4,7	2,7	-3,0	68,0
NL	1,9	4,2	7,7	2,2	-3,7	63,9
AT	2,4	4,3	2,6	2,9	-3,7	73,8
PT	-2,2	12,3	-7,5	3,4	-5,9	101,7
SI	1,9	8,2	-1,4	2,6	-5,8	42,8
SK	3,5	14,0	-2,8	3,6	-5,1	44,8
FI	3,7	7,9	2,5	3,6	-1,0	50,6
BG	2,8	9,4	-2,0	4,3	-2,7	18,0
CZ	2,0	6,8	-2,5	2,3	-4,4	41,3
DK	1,7	7,1	5,3	2,5	-4,1	45,3
LT	3,3	17,2	-0,3	3,4	-4,5	48,2
LV	5,0	15,5	0,2	3,2	-5,5	40,7
HU	2,7	11,0	1,6	4,0	1,6	75,2
PL	4,0	9,3	-4,1	3,8	-5,8	55,5
RO	1,5	7,2	-4,4	6,7	-4,7	33,7
SE	4,2	7,6	6,2	1,7	0,9	36,5
GB	1,7	8,0	-1,2	4,1	-8,6	84,2
EZ	1,6	10,0		2,6	-4,6	86,5
EU-27	1,8	9,5	-0,2	3,0	-4,7	82,3
NO	2,7	3,4	12,2		12,5	44,4
СН	1,9	4,1	8,0	1,7	0,6	38,7
US	2,6	8,7	-4,0	0,7	-10,0	101,1
JP	0,5	4,9	1,4	2,5	-9,7	212,7

Quelle: OENB, Eurostat



2 Internationaler Währungsfonds (IWF) Fokus: Strukturreformen

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 und 2009 ist nun eine Erholung der österreichischen Wirtschaft ersichtlich. Der IWF erwähnt, dass die Wirtschaftsleistung Österreichs trotz der Krise über dem Durchschnitt der Eurozone gehalten werden konnte, was die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs zeigt. Die derzeit stattfindende Erholung und der damit verbundene wirtschaftliche Aufschwung müssen mit Reformen und geeigneten politischen Maßnahmen verbunden werden, um nachhaltige Veränderungen und Entwicklungen einzuleiten. Laut dem IWF steht hierbei die Verbesserung des Budgetdefizits im Vordergrund. Fiskalpolitische Maßnahmen müssen gesetzt werden, um die finanzielle Situation des Staates zu verbessern. Zusätzlich sollen von Seiten der Regierung effektivere Maßnahmen beschlossen werden, um schließlich ein langfristiges Wachstum herbeizuführen. Damit verbunden sind ein fiskalpolitischer Konsolidierungsplan für 2012 sowie die Schaffung von Anreizen, um Beschäftigte länger im Arbeitsleben zu behalten. Neben Reformen im Bereich Pensionen sind zusätzliche Reformen in den Bereichen Gesundheit und Bildung unumgänglich. Es wird schließlich auch an die Banken appelliert, ihre Staatsschulden zu begleichen, die Aufsichtspflicht verantwortungsbewusster zu verfolgen sowie in internationalen Angelegenheiten intensiver zu kooperieren.

Die Wirtschaftsleistung liegt über dem Durchschnitt der Eurozone

Langfristiges Wachstum durch effektive und effiziente Systemreformen

Konjunkturindikatoren - IWF

Jährliche Veränderung				Prognose		
Jani liche veranderung	2007	2008	2009	2010	2011	2012
BIP (real)	3,7	2,2	-3,9	2,0	2,4	2,3
Leistungsbilanz (%BIP)	3,5	4,9	2,9	3,2	3,1	3,1
Inflation	2,2	3,2	0,4	1,7	2,5	2,0
Arbeitslosenquote				4,4	4,3	4,3

Quelle: World Economic Outlook, April 2011

Stärken

- Rasche Konsolidierungsmaßnahmen haben den wirtschaftlichen Aufschwung induziert (steigendes BIP und sinkende Arbeitslosenrate).
- Österreichs Banken haben im internationalen Vergleich für die Hilfe in der Eurozone wenig Belastung auf sich genommen.
- Maßnahmen, die während der Krise gesetzt worden sind bzw. durch das Budget 2011 eingeleitet wurden, helfen, fiskalpolitisches Gleichgewicht herbeizuführen.

Schwächen

- Die Probleme in der Eurozone belasten auch Österreich stark.
- Die starke Verknüpfung mit den ost- und südosteuropäischen Staaten macht Österreich von der finanziellen Situation dieser Länder abhängig. Besonders Banken sind hiervon betroffen.
- Veraltete und ineffiziente Strukturen der öffentlichen Verwaltung gelten als besondere Herausforderung zur Bekämpfung der Krise.
- Der Staatsschuldenstand und das Budgetdefizit überschreiten die Maastricht-Kriterien.



Empfehlungen des IWF

Ambitionierte Maßnahmen in der Fortsetzung des Konsolidierungsplans: Anreize sollen geschaffen werden, um ältere Arbeitnehmer länger zu beschäftigen, um die Effizienz des Gesundheitssektors zu verbessern und Förderungen bzw. Zuschüsse zu rationalisieren.

Einleitung fiskalpolitischer Verwaltungsreformen: Alle Ebenen des Föderalismus sollen ausgabenseitig und hinsichtlich der Finanzierung eingeschlossen werden.

Regulierung des Bankensektors: Banken sind dazu aufgerufen, ihre Schulden beim Staat schnellstmöglich zu begleichen. Zusätzlich soll der Bankensektor neu geregelt werden, um zukünftigen Herausforderungen schneller entgegenzuwirken. Ebenso kann durch eine verstärkte Bankenaufsicht das System besser kontrolliert werden, wofür Regulierungen auf internationaler Ebene durchzusetzen sind.

Reform des Bildungssystems: Der IWF empfiehlt, langfristiges Wachstum durch eine umfangreiche Bildungsreform herbeizuführen. Hierbei stehen die Verbesserung des Bildungssystems - besonders im Hinblick auf Immigranten - im Vordergrund sowie eine Reform des Universitätssystems. In diesem Sinne müssen die Unterstützung und der Ausbau von Forschung und Entwicklung intensiviert werden.

Weitere Strukturreformen: Schließlich rät der IWF, den Fokus auf das Pensionssystem, den Gesundheitsbereich sowie auf Strukturreformen zu legen, verbunden mit einem transparenteren Fördersystem und einer Reform des derzeitigen Fiskalföderalismus.

3 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Fokus: Systemreformen (Verwaltung, Gesundheit)

Österreich weist laut der Bewertung der OECD "sehr gute wirtschaftliche Leistungen bei gleichzeitig starkem sozialen Zusammenhalt" vor. Trotzdem wird darauf hingewiesen, dass mehr als ein Viertel des österreichischen BIP ins Sozialsystem fließt. Die Ausgaben für Soziales müssen daher gezielter eingesetzt werden. Insbesondere sind Reformen in den Bereichen Pensionen, Bildung und Gesundheit sowie eine Verwaltungsreform notwendig.

In diesem Sinne muss auch die Staatsverschuldung von heute 73% auf unter 60% des BIP gedrückt werden, worin auch die Bundesländer aufgefordert sind, ihren Teil beizutragen. Der Stabilitätspakt soll auf alle föderalen Ebenen aufgeteilt werden, um in wirtschaftlich starken Phasen den Haushalt nicht leichtfertig zu belasten.

Ein Viertel der österreichischen Ausgaben fließen in das Sozialsystem

Konjunkturindikatoren - OECD

Jährliche Veränderung				Prognose		
Jani liche veranderung	2008	2009	2010	2011	2012	
BIP (real)	2,2	-3,9	2,1	2,9	2,1	
Privater Konsum	0,7	1,2	1,0	0,9	1,2	
Export	0,5	-15,6	10,6	9,6	6,8	
Leistungsbilanz (%BIP)	4,6	2,9	2,6	3,1	3,8	
Inflation	3,2	0,4	1,7	3,1	1,8	
Arbeitslosenquote	3,8	4,8	4,4	4,2	4,0	
Öff. Defizit (%BIP)	1,0	4,2	4,6	3,7	3,2	

Quelle: Wirtschaftsausblick EO 89, Mai 2011



Stärken

- Die OECD lobt die österreichische Budgetpolitik im internationalen Vergleich.
- Österreich profitiert von einer erfolgreichen exportorientierten Wirtschaft, qualifizierten Arbeitnehmern sowie einer funktionierenden Sozialpartnerschaft.
- Das gute wirtschaftliche Wachstum soll verstärkt genutzt werden, um die Konsolidierung stärker voranzutreiben und nicht in die Falle einer pro-zyklischen Wirtschaftspolitik zu tappen.
- Das österreichische Gesundheitssystem genießt bei den Bürgern hohes Ansehen.

Schwächen

- Verstärkte Konsolidierungsmaßnahmen sind notwendig, um für den künftigen Anstieg der Ausgaben im Zusammenhang mit der Alterung der Bevölkerung vorzusorgen (Pensionssystem).
- Die Arbeitslosigkeit bei Arbeitnehmern mit geringer Ausbildung ist hoch und in der Krise zusätzlich gestiegen.
- Bildungswege werden für Schüler zu einem zu frühen Zeitpunkt festgelegt. Die Art des Abschlusses ist zu sehr vom familiären Hintergrund geprägt.
- Das Gesundheitssystem ist im Vergleich mit anderen Ländern teuer, fragmentiert und zu stark auf Behandlungen im Krankenhaus ausgerichtet.

Empfehlungen der OECD

Verwaltungs- und Staatsreform: Die Konsolidierung des Budgets muss mit einer Verwaltungs- und Staatsreform begleitet werden, besonders um die Staatsverschuldung von 73% auf unter 60% des BIP zu vermindern. Hierbei sind auch die Bundesländer aufgefordert, die Obergrenzen des österreichischen Stabilitätspakts einzuhalten. Die OECD empfiehlt außerdem, die Struktur des Steuersystems zu ändern, um durch Steuern eine geringere Belastung für die Wirtschaft zu erreichen sowie die Steuerbelastung von Arbeit und Unternehmen abzuwenden.

Reform des Gesundheitssystems: Um die Effizienz zu steigern, muss die Aufteilung der Verantwortung für Gesundheitsleistungen sowie die Finanzierungsund Ausgabenstruktur zwischen Ländern und Bund klar definiert werden. Eine Optimierung des nationalen Kapazitätsplans für öffentlich finanzierte ambulante und stationäre Behandlungen ist notwendig. Zusätzlich muss ein intensiverer Wettbewerb im Gesundheitsbereich gefördert werden, ebenso wie die Verbesserung der Effizienz und Zielorientiertheit der Sozialtransfers.

Weitere Änderungen im Pensionssystem: Es wird empfohlen, die Ausgaben für Soziales gezielter einzusetzen und existierende Anreize für Frühpensionierungen abzuschaffen.

Reform des Bildungssystems: Universitäten sollten ihre Studenten auswählen und Studiengebühren einheben können, begleitet von einem Stipendiensystem und Kreditangeboten. Die Wiedereinführung der Studiengebühren wird empfohlen, ohne jedoch den Studierenden finanzielle Barrieren zu setzen.

Eine Reform des österreichischen Gesundheitssystems ist unumgänglich

4 Europäische Kommission (EK) Fokus: Zukunftsinvestitionen und Erwerbstätigkeit

Die Europäische Kommission reagiert im Juni mit den Empfehlungen des Rates auf das Stabilitätsprogramm für den Zeitraum 2011-2014 der österreichischen Bundesregierung, welches am 27. April 2011 veröffentlicht wurde und schließlich mit dem nationalen Reformprogramm für 2011 verbunden wird.



Die EK erwähnt lobend, dass Österreich während der Krise solide Eckdaten ohne große Ungleichgewichte oder Verzerrungen vorweisen konnte. Ausschlaggebend hierfür waren die Maßnahmen, die gleich zu Beginn der Krise von der österreichischen Regierung gesetzt wurden.

Natürlich wirkte sich die Finanz- und Wirtschaftskrise auf das reale BIP, die Beschäftigungsquote, die Arbeitslosenquote und die öffentlichen Finanzen aus. Da viele Konjunkturmaßnahmen unbefristet waren, ist folglich eine Haushaltskonsolidierung erforderlich. Im Haushaltsgesetz wurde 2011 ein Konsolidierungspaket im Umfang von 1% des BIP angenommen.

Österreich weist solide Eckdaten ohne große Ungleichgewichte oder Verzerrungen vor

Konjunkturindikatoren - Europäische Kommission

lährlich a Varändarung					Prognose		
Jährliche Veränderung	2007	2008	2009	2010	2011	2012	
BIP (real)	3,7	2,2	-3,9	2,0	2,4	2,0	
Privater Konsum	0,7	0,5	1,3	1,0	1,1	1,1	
Investitionen	3,9	4,1	-8,8	-1,3	3,0	2,9	
Export	8,6	1,0	-16,1	10,8	7,0	6,8	
Leistungsbilanz (%BIP)	0,4	-0,2	-0,8	-0,8	-1,1	-1,2	
Inflation	2,2	3,2	0,4	1,7	2,9	2,1	
Beschäftigung	1,5	1,6	-1,6	1,0	0,8	0,7	
Arbeitslosenquote	4,4	3,8	4,8	4,4	4,3	4,2	
Lohnstückkosten	-1,2	0,8	3,9	-0,9	-0,8	-0,3	
Produktivität	2,2	0,5	-2,3	1,0	1,6	1,3	
Öff. Defizit (%BIP)	-0,9	-0,9	-4,1	-4,6	-3,7	-3,3	
Staatsschuld (%BIP)	60,7	63,8	69,6	72,3	73,8	75,4	

Quelle: European Economic Forecast - Spring 2011

Stärken Schwächen

- Durch die Budgetkonsolidierung wurden ambitionierte Ziele vereinbart.
- Eine Einkommensteuerreform im Jahr 2009 konnte eine Verringerung der Steuerlast auf Arbeit erzielen, welche sich auch in den folgenden Jahren auswirkt.
- Österreich weist eine hohe Beschäftigungsquote bei Frauen vor, besonders bei der Teilzeitarbeit.
- Eine Zustimmung zum Euro-Plus-Pakt wird mit Maßnahmen begleitet, die zur Anhebung des effektiven Pensionsalters, zu einer effektiveren Kontrolle der öffentlichen Ausgaben, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und zu intensiveren Investitionen in F&E führen. Im Einklang damit steht das nationale Reformprogramm und somit das Bundesfinanzrahmengesetz sowie das Stabilitätsprogramm.
- Die Erfüllung des Budgetplans ist ungewiss. Risiken entstehen aufgrund der zunehmenden Verschuldung staatseigener Unternehmen und internationaler staatlicher Unterstützungen.
- Ineffiziente Finanzbeziehungen entstehen aufgrund des föderalen Systems.
- Österreich hat eine der höchsten durchschnittlichen Steuer- und Abgabenbelastungen in der EU.
- Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer liegt unter dem EU-Durchschnitt (begründet durch die Frühpensionsregelung und die Invaliditätspension).
- Besonders Frauen sind im Niedriglohnbereich tätig (geschlechterspezifische Lohnunterschiede).
- Suboptimale Ergebnisse im Bildungssystem.

Maßnahmen, die mit der Zustimmung zum Euro-Plus-Paket verbunden sind, leiten notwendige Reformen ein



Empfehlungen der EK

Ambitioniertere Budgetkonsolidierung durch Konjunkturerholung: Die Korrektur des übermäßigen Staatsdefizits muss durch Konsolidierungsanstrengungen auf Bundesebene, aber auch durch Maßnahmen auf subnationaler Ebene vollzogen werden. Die Reformierung der Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen Regierungsebenen ist hierbei unbedingt notwendig. (Auf europäischer Ebene haben die deutsche Bundeskanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Sarkozy am 15. August 2011 den Vorschlag einer Wirtschaftsregierung für die Eurozone bereits verkündet.) Zusätzlich sollen die Steuer- und Abgabenbelastung verringert werden. Die Stärkung des nationalen Budgetrahmens durch Angleichung der legislativen und administrativen Zuständigkeitsbereiche zwischen Regierungsebenen ist besonders im Gesundheitswesen von großer Notwendigkeit.

Konsolidierungsmaßnahmen auf allen föderalen Ebenen werden empfohlen

Verbesserung des Bildungsbereichs: Es sollten weitere Schritte in Richtung Bildungsreform unternommen werden, um Schulabbrüche zu verhindern und die Ergebnisse im Bildungsbereich zu verbessern.

Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung: Besonders bei Niedrigund Durchschnittslohnempfängern ist die budgetneutrale Reduzierung der Steuer- und Sozialversicherungsbelastung der Arbeit notwendig.

Nationaler Aktionsplan für Gleichbehandlung: Das Angebot an Ganztagsbetreuungseinrichtungen und Pflegediensten ist dringendst erforderlich. Ein wichtiger Appell betrifft auch die Verringerung geschlechtsspezifischer Lohnunterschiede, und schließlich macht es die demographische Entwicklung unumgänglich, das effektive Pensionsantrittsalter anzuheben.

Änderungen bei der Frühpensionsregelung: Bei der Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters für Frauen und der Tragfähigkeit und Angemessenheit des Pensionssystems ist die Abstimmung mit den Sozialpartnern notwendig.

5 Staatsschuldenausschuss Fokus: Konsolidierung und Reform

Das Jahr 2010 war geprägt von den Folgen der Krise, wodurch das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit auf 4,6% des BIP angestiegen ist. Trotz krisenbedingter Zusatzausgaben hat sich die Ausweitung der Ausgaben des Staates 2010 verringert. Auch die Staatseinnahmen erreichten im letzten Jahr wieder das Vorkrisenniveau. Der unerwartet starke Konjunkturaufschwung kann somit mit dem deutlich über den Erwartungen liegenden Steueraufkommen - trotz Steuerreform 2009 - in Verbindung gebracht werden. Der Staatsschuldenausschuss geht davon aus, dass Österreich 2011 mit einem deutlichen Zuwachs des realen BIP von rund 3% rechnen kann. Für diesen konjunkturellen Aufschwung nach der Krise ist besonders die Erholung der Weltwirtschaft maßgeblich, insbesondere die positive wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Neben der Exportindustrie trägt auch die Inlandsnachfrage zu einer guten Auftragslage und zur hohen Kapazitätsauslastung bei. Trotzdem stagnieren die Bauinvestitionen und der private Konsum entwickelt sich verhalten. Die rasche Erholung des Arbeitsmarkts setzt sich 2011 fort.

Der unerwartet starke Konjunkturaufschwung kann mit dem hohen Steueraufkommen in Verbindung gebracht werden

Stärken Schwächen

 Die Fiskalposition Österreichs (Budgetdefizit und Verschuldungsquote) ist im internationalen Vergleich gut verankert. Der neue Österreichische Stabilitätspakt 2011 (2011 bis 2014) sieht keine Budgetüberschüsse für die Länder als Zielwerte vor.



- Der Staatsschuldenausschuss lobt den Konsolidierungspfad des Bundes. Durch das Budgetbegleitgesetz 2011 werden ausgaben- und einnahmenseitige Maßnahmen gebündelt.
- Die Bundesregierung setzt Maßnahmen zur Stabilisierung des
 österreichischen Finanzmarktes,
 um die Maastricht-Kriterien zukünftig wieder zu erfüllen. Österreich ist bei der Umsetzung der
 EU-Vorgaben mit weitreichenden
 Implikationen auf nationaler
 Ebene ambitioniert. 2010 wurden
 rechtliche Änderungen auf EUEbene in Gang gesetzt (Stabilitätsund Wachstumspakt, Europäischer
 Stabilitätsmechanismus, Euro-PlusPakt).
- Die Mehrbelastungen durch die Krise betrifft besonders die Bundesebene. Die Ausgabenentwicklung auf Länderebene wurde 2010 durch Einmaleffekte gedämpft (u.a. durch vorgezogene Abgangsdeckung von Landeskrankenanstalten).
- Die gesamtstaatliche Abgabenquote Österreichs ist im internationalen Vergleich hoch (43,9%).
- Ein Zuwachs der gesamtstaatlichen Verschuldungsquote von +2,6% war zu verzeichnen (Banken-Partizipationskapital, Kapitalanteile an der Verbund AG, Darlehensvergaben an Griechenland). Besonders die Finanzhilfen erhöhen den öffentlichen Schuldenstand.

Empfehlungen des Staatschuldenausschusses

Umsetzung ausstehender Strukturreformen: Die Konsolidierung öffentlicher Finanzen soll zu einer schrittweisen Reduktion des übermäßigen Defizits und zur Rückführung der Verschuldungsquote führen. Die budgetäre Mehreinnahmen und Minderausgaben aufgrund des kräftigen, über den Erwartungen liegenden Wachstums sollen ausschließlich für die Verringerung des Budgetdefizits genutzt werden. Es müssen alle gebietskörperschaftlichen Ebenen einbezogen werden. Der Staatsschuldenausschuss sieht die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als Vorrang einer Steuerreform. Ein ausgeglichener Budgetsaldo muss über den Konjunkturzyklus durch zusätzliche strukturelle Konsolidierungsanstrengungen umgesetzt werden. Strukturelle Reformen sollen Ausgabenzuwächse ausgleichen, besonders in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Pensionen.

Durch die gemeinsame Anstrengung der politischen Entscheidungsträger muss die Umsetzung einer Staatsreform forciert werden (Bereiche Gesundheit, Bildung, Förderwesen und Nahverkehr). Zusätzlich sind Reformen im Bereich der öffentlichen Verwaltung unbedingt notwendig.

Mehr Effizienz durch eine Reform des Finanzausgleichs: Der Staatsschuldenausschuss plädiert, das Zeitfenster bis 2014 für eine grundlegende Reform des Finanzausgleiches zu nutzen und ein neues System vorzubereiten. Die Umsetzung soll mit dem Finanzausgleich 2015 stattfinden. Die Effizienzkriterien des Finanzausgleiches müssen auf die Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften Bedacht nehmen und Elemente eines Ressourcenausgleichs für strukturschwache Regionen enthalten.

Konsolidierungsmaßnahmen auf europäischer Ebene: Der Staatsschuldenausschuss empfiehlt, nationale Reformen durch Maßnahmen auf EU-Ebene zu unterstützen und somit die Erschließung des Potentials für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu erreichen.

Die Konsolidierung öffentlicher Finanzen ist notwendig, um eine Steuerreform umzusetzen

Bis 2014 soll eine Reform des Finanzausgleichs stattfinden, die Effizienzkriterien in den Vordergrund stellt



6 Wirtschaftskammer Österreich Fokus: Erneuern, um zu wachsen

Österreich hat besonders durch seine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik beim Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise bewiesen, nachhaltig mit internationalen Herausforderungen umgehen zu können und wettbewerbsfähig zu bleiben. Das beste Beispiel dafür ist die Entwicklung der Arbeitslosenquote, die seit 2010 eine der niedrigsten innerhalb der EU ist.

Aus Sicht der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik gilt es, den Aufschwung und den wettbewerbsfähigen Standort Österreich durch eine antizyklische Wirtschaftspolitik nachhaltig zu stärken und zu verbessern. Darüber hinaus muss die verantwortungsvolle Rolle der Sozialpartner als Manager und Treiber des Wandels in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sowie die Bedeutung der Sozialpartner-Arbeit im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen zum Thema Reform der Wettbewerbspolitik in Österreich genutzt werden.

Um von Seiten der WKÖ Empfehlungen für zukünftige Veränderungen und Reformvorschläge anzustellen, müssen jedoch die Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken betrachtet werden.

SWOT-Analyse für Österreich

Stärken

- Sektorale Vielfalt der Wirtschaft, basierend auf guter Infrastruktur
- Geopolitisch günstige Lage
- Geringe Arbeitslosenquote
- Gute Konjunkturaussichten
- Hohe Lebensqualität
- Positive Exportentwicklung
- Hoher Wohlstand und hohe Kaufkraft
- Flexible, klein strukturierte Wirtschaft
- Effektive Sozialpartnerschaft

Schwächen

- Hohe Staatsverschuldung
- Verwaltungsreformbedarf
- Reformen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Pensionen ausständig
- Hohe Arbeitskosten
- Hohe Steuern- und Abgabenquote

Chancen

- Steigende Exporte in Wachstumsmärkte (Osteuropa und BRIC)
- Öffnung der Arbeitsmärkte für 8 MOEL
- Potenzial für Direktinvestitionen
- Gründer- und Innovationspotenzial

Risiken

- Internationale Risiken (steigende Rohstoffpreise, Divergenzen in der Eurozone und Schuldenkrise)
- Facharbeiterengpass
- Reformstau

Quelle: eigene Darstellung

Eine Wirtschaft mit Zukunft muss mit den auftretenden Herausforderungen nachhaltig wachsen. Zu den größten Herausforderungen zählen etwa die angespannte Lage in den öffentlichen Haushalten, der Reformbedarf in den öffentlichen Bereichen, die zunehmenden Klima- und Umweltbelastungen, die Energieknappheit, der Fachkräftemangel sowie die demografische Entwicklung. Die Wirtschaftskammer tritt für eine Standortstrategie mit drei Säulen ein: "Unternehmertum - Systemreform - Wachstum".

Somit soll ein hoch entwickelter Forschungs-, Technologie-, Innovations- und Arbeitsstandort entstehen. Weitere Ziele sind eine minimale Energieintensität und ein maximaler Anteil an CO_2 -armen Energiequellen im Energieportfolio sowie maximale Versorgungssicherheit, eine moderne, effiziente öffentliche Verwaltung, ein effektives Bildungssystem, Chancengleichheit für Bürgerinnen und Bürger, eine Kultur der geistigen, räumlichen und sozialen Mobilität und ein hohes Maß an sozialen Frieden.

Sozialpartner gelten als Manager und Treiber des Wandels in der Wirtschaftsund Gesellschaftspolitik



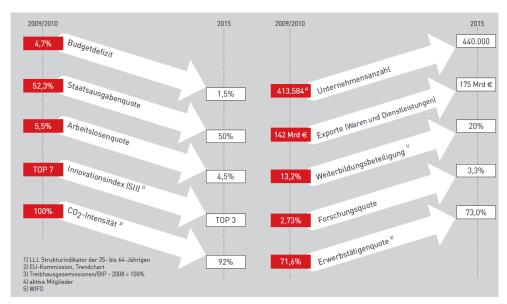
Kleine Schritte in Richtung umfassender Systemreformen wurden in den letzten Jahren bereits getätigt. Dies zeigt auch der Anstieg des Reformbarometers in der Zeit von Oktober 2009 bis September 2010 von 107,8 auf 113,1 beziehungsweise um 5,3 Indexpunkte.

SPÖ und ÖVP konnten durch die Neubildung der Koalition im Dezember 2008 ihre Arbeit fortsetzen. Noch als unmittelbare Folge der vergangenen Finanz-und Wirtschaftskrise wurde somit im Dezember 2009 ein weiteres kleines Arbeitsmarktpaket verabschiedet. Positiv wurde auch die Einigung der Sozialpartner gewertet, eine Rot-Weiß-Rot-Card in Österreich einzuführen, mit der die Zuwanderung auf den Bedarf der Arbeitskräftenachfrage abgestimmt wird. Zusätzlich positive Auswirkungen sind durch die Einführung der Transparenzdatenbank, die Abschaffung der Kreditvertragsgebühr, die Verabschiedung des Bundesfinanzrahmengesetzes und durch die Stärkung der Prävention im sozialen Sicherungssystem zu erwarten.

Negativ hat sich hingegen die Einigung der Regierung über die bedarfsorientierte Mindestsicherung im Barometer niedergeschlagen. Zusätzlich ist in Österreich die Einführung einer effektiven Schuldenbremse wie in Deutschland und der Schweiz derzeit kein Thema. Dies ist bedauerlich, weil es ein klares Signal wäre, es mit der Haushaltskonsolidierung wirklich ernst zu meinen. Der Lösungsvorschlag (Treffen Merkl-Sarkozy am 16. August 2011) einer verpflichtenden Einführung verfassungsrechtlich verankerter Schuldenbremsen in der Eurozone ist von Seiten der WKÖ zu begrüßen.

Die Empfehlungen der WKÖ gelten als Grundlage für die gesamtwirtschaftlichen Zielsetzungen des Zukunftsportfolios Österreich 2010 - 2015.

Zukunftsportfolio Österreich 2010-2015



Quelle: WKO

In Anbetracht der Erkenntnisse und Empfehlungen der nationalen und internationalen wirtschaftspolitischen Evaluierungsorganisationen schlägt die Wirtschaftskammer Österreich auch eine mittelfristige Strategie im Sinne der Wirtschaftspolitischen Agenda "Zukunft:Wirtschaft" vor. Im Zentrum stehen Elemente der Europa 2020-Strategie, die den wirtschaftspolitischen Kurs der Europäischen Union vorgibt.

UNTERNEHMERTUM SYSTEMREFORM WACHSTUM



Wichtige Ziele nach dem Leitthema 2011 "Erneuern, um zu wachsen" sind einerseits, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Österreich mitzuprägen und mitzugestalten. Andererseits werden für einen qualitativen Wachstumskurs in erster Linie strukturelle Reformen gebraucht. Angesichts der Budgetlage müssen weiterhin strukturelle Reformen bei Staat und Verwaltung, im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie bei den Pensionssystemen ganz oben auf der Maßnahmenliste stehen. Diese verschaffen den notwendigen budgetpolitischen Handlungsspielraum, der gebraucht wird, um eine strukturelle Wende in Richtung intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu schaffen.

Erneuern, um zu wachsen